

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Jahreswirtschaftsbericht - Bundesbank - Gesundheitswesen - Raffinerien - Integration

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1985) : Kurz kommentiert: Jahreswirtschaftsbericht - Bundesbank - Gesundheitswesen - Raffinerien - Integration, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 65, Iss. 2, pp. 57-58

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136006>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Jahreswirtschaftsbericht

Optimistisches Urteil

In dem Ende Januar vorgelegten Jahreswirtschaftsbericht zeichnet die Bundesregierung ein recht optimistisches Bild der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie erwartet für dieses Jahr ein Wachstum des realen Bruttosozialprodukts von „2½ % oder mehr“. Wie der Sachverständigenrat geht auch die Bundesregierung von einem kräftigen Anstieg der Investitionen aus; sie rechnet mit einer Zunahme der realen Unternehmensinvestitionen – Bauten und Ausrüstungen – um 6 bis 7 %. Damit seien die Chancen für einen selbsttragenden, länger anhaltenden Aufschwung und für eine Verringerung der Arbeitslosigkeit so gut wie lange nicht mehr. Bereits für dieses Jahr wird im Jahreswirtschaftsbericht ein Sinken der Arbeitslosenquote auf unter 9 % unterstellt; das bedeutet einen relativ kräftigen Rückgang der Arbeitslosenzahl im Jahresverlauf.

Angesichts der vorhandenen Risiken – Unsicherheit der Dollarkursentwicklung, ungünstige Tendenz im Bau, Probleme bei der Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung und -flexibilisierung, Folgen der Katalysatordiskussion für die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen – ist das ein recht optimistisches Urteil. Sicherlich haben sich auch die Rahmenbedingungen noch nicht so nachhaltig gebessert, wie es die Bundesregierung offenbar glauben machen möchte. Es bleibt nur zu hoffen, daß die zweifellos vorhandenen Erfolge nicht zu sehr den Blick für die Notwendigkeit weiterer Verbesserungen trüben. Aufgaben wie Subventionsabbau oder Deregulierung und Entbürokratisierung werden zwar mit Recht als „Daueraufgaben“ bezeichnet. Doch nach aller Erfahrung bedeutet eine solche Kennzeichnung leicht, daß sie auf die lange Bank geschoben werden sollen.

ew

Bundesbank

Keine geldpolitische Wende

Wie allgemein erwartet, hat die Bundesbank unlängst ihren Lombardsatz von bislang 5,5 % auf nunmehr 6 % heraufgesetzt. Flankiert wurde diese Maßnahme durch ein Wertpapierpensionsgeschäft zu einem Zinssatz von 5,7 %. Ökonomisch betrachtet handelt es sich dabei um einen Kredit, bei dem die Bundesbank die Laufzeit und – da es im Tendersverfahren durchgeführt wird – auch das Volumen präzise bestimmen kann. Diese offenmarktpolitische Maßnahme ergänzte die Bundesbank dadurch,

daß sie sich bis auf weiteres bereit erklärte, inländischen Kreditinstituten Schatzwechsel zum Satz von 5½ % mit einer festen Laufzeit von in der Regel drei Tagen zu verkaufen.

Das beschriebene Maßnahmenpaket führte zwar effektiv zu einer leichten Zinserhöhung am Geldmarkt; sie ist jedoch nicht als eine Wende zu einer restriktiven Geldpolitik zu verstehen. Vielmehr beabsichtigt die Bundesbank damit, das Geldmarktgeschehen besser und vor allem flexibler in den Griff zu bekommen. Tatsächlich war der Lombardkredit den Währungshütern schon lange ein Dorn im Auge gewesen, weil er den Banken die Möglichkeit bot, sich nahezu unbegrenzt Zentralbankgeld zu beschaffen. Da er, statt als Mittel der kurzfristigen Überbrückung von Liquiditätsengpässen zu dienen, oft als langfristige Geldquelle zweckentfremdet worden war, schuf die Bundesbank nun einen Anreiz, anstelle des jetzt verteuerten Lombardkredits die Wertpapierpensionsgeschäfte in Anspruch zu nehmen, die der Bundesbank eine flexiblere Kontrolle der monetären Entwicklung erlauben. Somit wurde der Geldmarkt jetzt in die Zange von Pensionsgeschäften und Schatzwechselverkaufsangeboten genommen, die den Spielraum der Geldmarktzinsen auf maximal 5,7 % bis minimal 5½ % einengen werden. gm

Gesundheitswesen

Konzertierte Aktion gescheitert

Die 1984 zwischen Krankenkassen und Pharmaindustrie aufgenommenen Verhandlungen über eine Begrenzung der Arzneimittelkosten wurden Ende Januar ohne Ergebnis beendet. Ursprüngliches Ziel der Gespräche war es, den Anstieg der Pharmapreise an die Entwicklung der Grundlohnsumme der Versicherten anzupassen. Diese von vornherein widersinnige Zielsetzung liefert – stärker noch als das jetzige Scheitern – einen weiteren Beleg dafür, daß Verhandlungen im Rahmen der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen wohl ein untaugliches Mittel sind, um die nicht nur im Pharmabereich ausufernden Ausgaben der Krankenkassen in den Griff zu bekommen.

Solange die Anbieter in großen Bereichen des Gesundheitswesens sowohl Preise als auch Mengen weitgehend autonom bestimmen, ist mit einer Trendwende bei den Kassenausgaben kaum zu rechnen. Dies zeigen auch die zu Jahresbeginn erneut auf breiter Front gestiegenen Beitragssätze. Staatliches Handeln scheint nun unvermeidlich. Die Politik hat dabei zwei

Optionen: mehr Dirigismus oder mehr Markt. Die bisherigen Erfahrungen mit dirigistischen Maßnahmen lassen es geraten erscheinen, auf mehr Markt zu setzen.

Doch der zuständige Bundesarbeitsminister wird es schwer haben, und zwar unabhängig von dem Weg, den er einschlagen wird. Die Anbieter im Gesundheitsbereich und ihre einflußreiche Lobby haben bereits im Vorfeld der März-Sitzung der Konzierten Aktion deutlich gemacht, daß sie auch noch so bescheidene Schritte sowohl in die eine als auch die andere Richtung entschieden ablehnen: mehr Regulierung (z. B. eine Positivliste) ebenso wie mehr Markt (z. B. Freigabe der Apothekenabgabepreise). Das politische Gewicht dieser Gruppe läßt befürchten, daß die dringend nötige Reform der kostentreibenden Strukturen des Medizinbetriebes abermals einer dritten, politisch bequemerer Option zum Opfer fällt: der bloßen Verlagerung der Kosten auf den einzelnen, gegenwärtig weitgehend einflußlosen Patienten. er

Raffinerien

Problematische Entwicklung

In der Bundesrepublik geht der Rückzug der Mineralölfirmer aus der Rohölverarbeitung weiter. Nur einen Monat nach dem Entschluß von Mobil Oil, die Raffinerie in Wilhelmshaven zu schließen, kündigte BP die Stilllegung der Anlagen in Hamburg und bei Dinslaken an. Nach den bisher bekannten Planungen werden in der Bundesrepublik am Ende dieses Jahres noch etwa 90 Mill. t Destillationskapazitäten übrig bleiben. Das bedeutet gegenüber dem Höchststand im Jahr 1978 eine Verringerung um mehr als 40 %. Das Ende des Schrumpfungsprozesses ist damit aber sicherlich noch nicht erreicht.

Da der Ölverbrauch im Gefolge der zweiten Ölpreisexlosion stark zurückgegangen ist und die Verarbeitung in der Bundesrepublik bei den niedrigen Weltmarktpreisen für Mineralölprodukte nur Verluste erbringt, ist der Kapazitätsabbau aus der Sicht der Unternehmen unvermeidlich. Unter wirtschafts- und energiepolitischen Aspekten allerdings ist die Entwicklung problematisch. Überkapazitäten im Raffineriebereich gibt es nicht allein in der Bundesrepublik, sondern auch in anderen europäischen Ländern. Der Ölmarkt wird dort aber zum Teil viel stärker staatlich reguliert, und die Neigung zur Erhaltung von Raffinerien um jeden Preis ist sehr ausgeprägt. Damit besteht die Gefahr, daß sich der Anpassungsprozeß nicht in erster Linie an Wettbewerbskriterien orientiert, sondern dem Weg des gering-

sten Widerstands und der umfangreichsten staatlichen Hilfe folgt und sich vorwiegend auf dem freien deutschen Markt abspielt. Aus beschäftigungspolitischen Gründen, aber auch um möglichst günstige Preise für Mineralölprodukte auf Dauer zu sichern, sollte daher die Bundesregierung in der EG darauf hinwirken, daß die Entscheidung über Erhaltung oder Abbau von Raffineriekapazitäten überall nach wirtschaftlichen Kriterien erfolgt. ma

Integration

25 Jahre EFTA

Vor 25 Jahren, im Januar 1960, wurde die Stockholmer Konvention, die vertragliche Grundlage der Europäischen Freihandelsassoziation, unterzeichnet; im Mai 1960 trat sie in Kraft. Das ursprüngliche Ziel der Gründungsmitglieder, eine umfassende Freihandelszone in Westeuropa zu schaffen, ist im gewerblichen Bereich inzwischen erreicht. Innerhalb der EFTA waren Zölle und mengenmäßige Beschränkungen bereits Ende 1966, drei Jahre früher als vorgesehen, bis auf wenige Ausnahmen beseitigt. Im Handel mit der EG sind die letzten Zollbarrieren zum 31. Dezember 1983 gefallen.

Die bilateralen Freihandelsabkommen der nach dem Überwechseln Großbritanniens und Dänemarks zur EG verbliebenen EFTA-Mitglieder mit der Gemeinschaft konnten gegen den protektionistischen Zug der Zeit durchgesetzt werden. Dennoch bleiben die Beziehungen zur EG die Hauptsorge. Man fürchtet vor allem diskriminierende Nebenwirkungen einer in der Gemeinschaft forcierten Stärkung des Binnenmarktes, durch die die Freihandelsabkommen praktisch zum Teil entwertet werden könnten. Gleichzeitig fällt es den EFTA-Staaten selbst schwer, den Schritt von der negativen zur positiven Liberalisierung zu tun, d. h. Wettbewerbsverzerrungen durch staatliche Interventionen (Subventionen, Auftragsvergabepraxis, Standards, Genehmigungsverfahren usw.) oder restriktive Geschäftspraktiken des privaten Sektors zu beseitigen.

Fortschritte auf diesen Gebieten zu erzielen und parallel dazu die nichttarifären Handelshemmnisse zwischen EFTA und EG abzubauen, sind die wichtigsten Zukunftsaufgaben der „kleinen“ Gemeinschaft. An Bekundungen des guten Willens fehlt es nicht, auch nicht an Aktionsprogrammen, wie zuletzt die gemeinsame Tagung des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EG und des EFTA-Konsultativausschusses im Oktober 1984 gezeigt hat. Nun gilt es, die guten Absichten in die Tat umzusetzen. ko